



FEDERICO BORELLA

FOTO-TABLEAU

Das Gesicht verlieren 2/5

Rund 550 internationale Expertinnen und Experten für Frauenthemen befragte die Thomson Reuters Foundation – eine der bekannten Nachrichtenagentur angegliederte Stiftung – heuer nach den Ländern, in denen Frauen aus ihrer Sicht am stärksten gefährdet sind. Den ersten Platz auf der Liste besetzt Indien: ein Urteil, das zwar im Hinblick auf Länder wie Afghanistan, Syrien oder die Demokratische Republik Kongo zumindest diskutiert werden könnte, das sich aber doch auch mit harten Fakten untermauern lässt. Eine perfide, in Südasien besonders verbreitete Form von Gewalt gegen Frauen sind Säureattacken; ein Verbrechen, von dem zudem – infolge der fürchterlichen Spuren, die es hinterlässt – viele buchstäblich den Blick abwenden. Diesen Reflex will man im «Sheroes Café» in Agra brechen: In dem Lokal werden in allen Arbeitsbereichen Opfer von Säureattacken beschäftigt. Federico Borellas Aufnahme lässt ahnen: Wenn Geetu die weisse Kochjacke überstreift, fällt alles von ihr ab, was an ihr verunstaltetes Gesicht und die Übergriffe ihres Mannes erinnert. Hier ist sie eine kompetente, geschätzte Mitarbeiterin – und sie, nicht der Ehemann, sorgt dafür, dass daheim Brot auf den Tisch kommt.

Keine Lust auf Dialog

Das Schweigen zwischen Ökonomie und Theologie

Gastkommentar
von STEPHAN WIRZ

Die Kommunikationskanäle zwischen den Unternehmen und den Kirchen scheinen verstopft zu sein. Gab es vor zehn, zwanzig Jahren noch diverse Gesprächskreise und Vereinigungen, die sich dem Dialog zwischen beiden Seiten widmeten, sind diese nach und nach aufgelöst worden. Dies trifft selbst für eine langjährige Gesprächsrunde auf höchstem Niveau zwischen (christ-)katholischen Bischöfen, Präsidenten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds und des Kirchenrates der Reformierten Landeskirche des Kantons Zürich auf der einen und Verwaltungsratspräsidenten der grössten Schweizer Unternehmen auf der anderen Seite zu.

Gründe dafür lassen sich auf beiden Seiten finden: Die Internationalisierung und (a)religiöse Pluralisierung des Managements sowie die Tendenz zur politischen Marginalisierung und zum Verlust der Referendumsfähigkeit der Kirchen und damit ihre abnehmende Wichtigkeit als Stakeholder fördern das Desinteresse auf Unternehmensseite.

Die Kirchen ihrerseits wecken durch ihr Handeln nicht gerade die Lust der Unternehmen zum Dialog: Die in Liturgie (Predigten, Fürbitten), offiziellen Publikationen und Aktionen kirchennaher NGO immer wieder zutage tretende Antipathie der Kirchen gegen Marktwirtschaft und Unternehmertum, nicht selten auch mit eindeutigen Zuteilungen von gut und böse versehen, stossen in Unternehmer- und Managerkreisen sauer auf. Ebenso die für unsere Breitengrade irritierende Gegenwartsanalyse von Papst Franziskus im Apostolischen Schreiben «Evangelii gaudium», dass wir Zeitgenossen einer «Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel» seien, einer Wirtschaft, in der sich «grosse Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt [sehen]: ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg», eines gesellschaftlichen Systems, das «an der Wurzel ungerecht ist».

Dem CVP-Präsidenten Gerhard Pfister ist zuzustimmen, wenn er in einem jüngst erschienenen Sammelband zum Verhältnis von Kapitalismus und Kirchen von einer gegenseitigen Entfremdung und einem Nicht-Verstehen-Können der jeweils anderen Position spricht. Will man den Dialog anregen, braucht es zunächst auf beiden Seiten eine gehörige Portion Selbstkritik: Die Führungspersonen in den Unternehmen müssen sich fragen, ob die vor Jahren schon in einer grossen süddeutschen

Tageszeitung diagnostizierte «geistige Windstille in den Führungsetagen» nicht einen wahren Kern aufweise.

Damit ist nicht ihr betriebswirtschaftlicher oder technischer Sachverstand gemeint, sondern dessen unzureichende Integration in eine umfassende, nicht nur an der Arbeitsmarktfähigkeit ausgerichteten Bildung sowie ein Desinteresse für die geistig-geistliche Tradition unserer Kultur.

Stellenweise macht sich sogar eine eigentliche Religionsphobie bemerkbar, die sich Ärger mit religiösen Bekenntnissen ihrer Stakeholder durch Tabuisierung ersparen will. Ob dadurch die Toleranz für unterschiedliche religiöse Bekenntnisse und Praktiken grösser wird?

Auf der anderen Seite sollten sich die Kirchen überlegen, ob sie in ihrem Wissens- und spirituellen Schatz nicht Elemente vernachlässigt haben, die durchaus dialogfördernd im Gespräch mit der Unternehmenswelt wären. Beispielsweise sollten sie nicht nur Solidarität und Gemeinwohl wertschätzen, sondern auch die Freiheit, Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Gemeinwohl bilden ein magisches Fünfeck gesellschaftlicher Prinzipien, die sich gegenseitig ergänzen, korrigieren und kontrollieren. Allzu oft fällt die Freiheit (und mit ihr die Eigenverantwortung) als Strukturprinzip aus den theologisch-ethischen Überlegungen heraus, womit sich die Tür für immer mehr Staatseinfluss und staatliche Wohltaten öffnet.

Kirchen und Theologie sollten sich ferner grundsätzlich überlegen, ob konstitutive Elemente der Marktwirtschaft wie Konkurrenz, Privateigentum, Konsumfreiheit, Staatsskepsis oder Freihandel wirklich unüberbrückbare Gegensätze sind zu theologisch-kirchlichen Denkformen, Tugenden und Werthaltungen wie Nächstenliebe, Gemeineigentum, Genügsamkeit, Gemeinwohl oder eine solidarische internationale Ordnung.

Kirchen und Theologie sollen nicht die kritische Sicht auf die Gegenwart verlieren, aber sie sollen es im Stil des verstorbenen Altmeisters der theologischen Ethik, Arthur Rich, tun: in der Zusammenschau des Menschengerichten und des Sachgemässen – eine kurze und anschauliche Definition einer Verantwortungsethik, die nicht gesinnungsarm ist, die aber die Realität ernst nimmt und sie nicht durch die Utopie ersetzt.

Stephan Wirz leitet den Bereich Wirtschaft und Arbeit der Paulus-Akademie in Zürich. Er ist Titularprofessor für Ethik an der Universität Luzern und Herausgeber des Buches «Der Kapitalismus – ein Feindbild für die Kirchen?» (2018).

Georgien, Aserbaidschan, Ukraine, Moldau

Lichtblick für Osteuropas Grauzonen

Gastkommentar
von IRYNA VERESHCHUK und ANDREAS UMLAND

Es verblüfft, wie genau die Reichweite internationaler Organisationen im ostmitteleuropäischen und südkaukasischen postsowjetischen Raum mit der territorialen Integrität der Staaten dieser Region korreliert. Zwei grosse Blöcke stehen sich in Osteuropa gegenüber: die Nato und die EU auf der einen sowie die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und die Eurasische Wirtschaftsunion (EWU) auf der anderen Seite. Heute üben ebene vier Länder, die keinem der beiden Bündnisse angehören, nämlich Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan und die Moldau (Guam), keine vollständige Kontrolle über ihre Territorien aus.

Demgegenüber haben Nato- und EU-Mitgliedsstaaten mit grossen russischen Minderheiten und relativ restriktivem Staatsbürgerrecht wie Estland und Lettland einerseits sowie für sich genommen wirtschaftlich schwache OVKS- und EWU-Staaten wie Weissrussland und Armenien andererseits ihre international anerkannten Grenzen beibehalten können. In den Regionen Berg-Karabach in Aserbaidschan, Transnistrien in der Moldau, Südossetien und Abchasien in Georgien sowie im Donezbecken (Donbass) in der Ukraine dagegen wurden mit direkter oder – im Falle Karabachs – indirekter Unterstützung des Kremls sechs international nicht anerkannte Pseudostaaten geschaffen. Die Krim, die zur Ukraine gehörte, wurde einfach von Russland annektiert.

Die Aussichten auf eine baldige weitere Osterweiterung von EU und Nato sind trübe. Die Uno, die OSZE und der Europarat haben trotz klaren Äusserungen zugunsten der Ukraine und Georgiens in den letzten Jahren ihre Untauglichkeit demonstriert, das fundamentale Sicherheitsproblem zu lösen, das in dieser Grauzone Osteuropas herrscht. Verschiedene ergebnislose Bemühungen zur Schaffung gesamtosteuropäischer Sicherheitsstrukturen im letzten Vierteljahrhundert zeigen, dass letztlich nur eine Einbeziehung der USA Abhilfe schaffen kann. Für die politische Stabilität nicht nur in West-, sondern auch in Osteuropa war und ist das Engagement Washingtons entscheidend.

Dies illustrierten etwa die Baltische Charta und die Adria-Charta, die von den USA sowie verschiedenen postkommunistischen Staaten in den Jahren 1998 beziehungsweise 2003 unterzeichnet wurden. Im Gefolge des provisorischen Bündnisses mit den USA innerhalb der Baltischen Charta traten Lettland, Litauen und Estland 2004 der

Nato bei. Auf dem Westbalkan hat die Adria-Charta der USA – gegenüber der Situation zwanzig Jahre zuvor – geradezu Wunder vollbracht. 2009 wurden Kroatien, ein Staat, der zwei Jahrzehnte zuvor noch nicht existiert hatte, sowie Albanien, einst eine der harschesten Diktaturen Europas, Nato-Mitglieder. 2017 trat Montenegro, das knapp zwanzig Jahre zuvor noch als Teil Serbiens von Nato-Flugzeugen bombardiert worden war, als 29. Mitglied der Nato bei. Gegenwärtig wird der Nato-Beitritt von Mazedonien und Bosnien-Herzegowina vorbereitet.

Die USA haben aus diesen und ähnlichen Erfolgen sowie dem Desaster des russisch-georgischen Krieges im August 2008 teilweise Lehren gezogen. Sie unterzeichneten bilaterale Chartas über strategische Partnerschaften – im Dezember 2008 mit der Ukraine und im Januar 2009 mit Georgien. Die beiden Vereinbarungen unterstützen Kiew beziehungsweise Tbilissi bei der Integration in euroatlantische Strukturen, sicherheitspolitischer Kooperation sowie der Vorbereitung dieser Länder auf eine Nato-Kandidatur.

Diese beiden bisher bilateralen Chartas könnten – dem baltischen bzw. adriatischen Beispiel folgend – zu einer multilateralen Quasialliance aller nicht affiliierten Ost-Partnerschafts-Staaten mit den USA erweitert werden. Eine US-Guam-Charta könnte während des Interregnums bis zu einer neuen EU- und Nato-Osterweiterung der derzeitigen Grauzone Osteuropas eine elementare Organisationsstruktur verleihen.

Eine solche am Vorbild der Baltischen und Adria-Charta orientierte Semikoalition der Guam-Staaten mit Washington würde helfen, jene Zeit zu überbrücken, bis die Grauzonen-Staaten schliesslich Vollmitglieder relevanter internationaler Institutionen geworden und damit tief in das internationale System eingebunden sind. Selbst eine vorsichtig formulierte amerikanische Charta mit den Guam-Ländern hätte beträchtliche Symbolkraft. Sie würde die osteuropäische Sicherheitsarchitektur stärken sowie für Moskau das Risiko auf Widerstand erhöhen, wenn es in der gegenwärtigen postsowjetischen Grauzone eskalierend wirksam zu werden gedenkt.

Iryna Vereshchuk ist Präsidentin des Kiewer International Centre for Black Sea-Baltic Studies and Consensus Practices, in dem ehemalige Staats- und Regierungsoberhäupter verschiedener europäischer postkommunistischer Länder vertreten sind. Andreas Umland ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euro-Atlantische Kooperation in Kiew und Herausgeber der Buchreihe «Soviet and Post-Soviet Politics and Society».

Kündigung des INF-Vertrages

Zurück zur Logik des Wettrüstens



CHRISTIAN WEISFLOG

Der angekündigte Ausstieg der USA aus dem Abrüstungsvertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF) ist keine Überraschung. Washington wirft Moskau seit vielen Jahren vor, den Vertrag mit der Entwicklung eines neuen Waffensystems zu verletzen. Auch nicht überraschend ist, dass es ausgerechnet John Bolton ist, der die Entscheidung in Moskau erklären soll. Präsident Trumps Sicherheitsberater hatte bereits 2001 unter George W. Bush die Aufkündigung des ABM-Vertrages gegenüber Moskau mitverantwortet, der die Installierung antibalistischer Raketenabwehrsysteme beschränkte. Bush, der den Aufbau eines weltweiten Raketenschirms vorantreiben wollte, bezeichnete den Abrüstungsvertrag als «Relikt des Kalten Krieges».

Vielleicht mag es ein Relikt gewesen sein. Aber seine unilaterale Beseitigung nährte das Misstrauen in Moskau und somit genau jene Kräfte, die sich den Kalten Krieg zurückwünschten. Präsident Wladimir Putin stilisierte die Stationierung

eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Rumänien wiederholt zu einer existenziellen Bedrohung für Russland. Das Projekt fügte sich perfekt in das Zerrbild der russischen Propaganda ein, die fast wie zu sowjetischen Zeiten das transatlantische Bündnis zum grössten Feind erklärte. Das Schreckgespenst legitimiert Putins autoritäres Regime, die von ihm vorangetriebene Militarisierung der Gesellschaft und die grosszügigen Rüstungsausgaben.

Der russische Abrüstungsexperte Wiktor Misin hält es für wahrscheinlich, dass Moskau versucht, die Grenzen des Abkommens auszuloten, um Washington im Streit um den Raketenschirm zu Zugeständnissen zu zwingen. Die mutmassliche russische Aufrüstung einzig als Antwort auf die amerikanische Raketenabwehr in Europa zu interpretieren, greift jedoch zu kurz. Putin selbst hat den INF einst als «diskutabel» bezeichnet. Genau wie Trump hält er wenig von internationalen Regelwerken und will allein auf die eigene Stärke vertrauen. Mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine ist Putin zu einer äusserst aggressiven Aussenpolitik übergegangen, ohne sich dabei um westliche Interessen zu kümmern. Nuklear bestückte Mittelstreckenraketen, gerichtet auf die Hauptstädte in der Nachbarschaft, wären einfach eine weitere Eskalationsstufe.

Ein amerikanischer Austritt aus dem INF in dieser Situation ist indes riskant. Er würde Moskau erst recht freie Hand gewähren, zu einem Zeitpunkt, in dem die USA noch nicht über ein äquivalentes Mittelstreckensystem verfügen. Zudem wäre fraglich, ob eine Stationierung solcher Systeme in Europa, in Japan oder Südkorea politisch machbar sein wird. Washingtons vorrangiges Ziel hätte es deshalb sein müssen, gemeinsam mit Moskau den INF wieder auf eine solide Grundlage zu stellen, um danach mit vereinten Kräften auch China, Indien oder Pakistan in das Vertragswerk einzubinden.

Im Gegensatz zu Moskau und Washington ist Peking nicht an den INF gebunden. Es hat Kurz- und Mittelstreckenraketen entwickelt, mit denen es in der Nachbarschaft die amerikanische Schutzmacht infrage stellen kann. Trump will dieser Entwicklung nun offensichtlich mit der Produktion eigener Mittelstreckenraketen begegnen, um China an den Verhandlungstisch zu zwingen. Eine Studie der Rand Corporation hält genaue diese Strategie jedoch für falsch. Die USA verfügten über bessere Mittel, um Peking unter Druck zu setzen, heisst es darin. Trumps Logik hingegen dürfte zunächst ein Wettrüsten provozieren. Im Gegensatz zur bankrotten Sowjetunion werden China die Mittel dafür nicht so schnell ausgehen.

Saudiarabien und die Tötung des Journalisten Khashoggi

Die nüchterne Moral des Erdölmarktes



GERALD HOSP

Im Oktober 1973 haben Saudiarabien und andere arabische Erdölproduzenten den westlichen Industrieländern vorgeführt, was es heisst, vom Erdöl abhängig zu sein. Um den Westen wegen der Unterstützung Israels unter Druck zu setzen, drosselte die arabische Phalanx die Förderung um fünf Prozent. Der Preis schoss in die Höhe, die Strassen leerten sich. Nach der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul gibt es wieder Spekulationen darüber, dass Saudiarabien zur Ölwanne greifen könnte – diesmal, um sich gegen mögliche westliche Sanktionen zur Wehr zu setzen.

Der saudische Erdölminister Khalid al-Falih versuchte, gegenüber der russischen Nachrichtenagentur Tass solche Bedenken zu zerstreuen, und meinte, es gebe keine Absicht, 1973 zu wiederholen. Damit sagte al-Falih das, was sich aus nüchterner Sicht darüber sagen lässt. Die Erfahrungen aus den 1970er Jahren zeigen, dass eine mutwillige

Drosselung der Fördermenge nach hinten losgehen kann. Die Tötung von Khashoggi und die diplomatische Krise dürften mittelfristig eher zu einer forcierten Ölproduktion in Saudiarabien führen. Am Erdölmarkt hat sich eine ähnliche Sicht durchgesetzt: Der Preis für das massgebliche Nordsee-Öl Brent sank in den vergangenen Wochen von mehr als 85 Dollar je Fass auf weniger als 80 Dollar.

Das Ölembargo in den 1970er Jahren war kein Erfolg für Saudiarabien. Der Erdölpreisschock hatte zudem weitreichende Folgen für den Energiemarkt: Die in die Höhe geschellten Ölpreise führten zu einer geringeren Nachfrage und langfristig zu einem Umdenken. Um die Abhängigkeit vom Erdöl zu dämpfen, setzten Konsumentenländer verstärkt auf erdölsparende Technologien und auf den Einsatz anderer Energieträger. Zudem kam ein neues Angebot aus Alaska, aus der Nordsee, aus der Sowjetunion und aus China hinzu.

Die Erdölwanne ist wegen dieser Entwicklung ohnehin stumpfer geworden. Der Einsatz eines Erdölambargos würde das Image des zuverlässigen Energieversorgers zerstören, das Saudiarabien in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut hat. Ein starker Preisanstieg wäre ferner die beste Werbung für Elektrofahrzeuge, die derzeit

zwar medial verbreitet, aber auf den Strassen weniger sichtbar sind.

Kurzfristig könnte der Wüstenstaat mit einer Preiserhöhung die Erdöleinnahmen steigern. Dies würde jedoch nicht nur zu einer schwächeren Nachfrage führen, sondern auch die Beziehung zu den USA arg strapazieren. Saudiarabiens Sicherheit hängt in starkem Mass von den USA ab. Washington übt seit einiger Zeit mehr oder weniger sanften Druck auf Riad aus, die Ölhähne offenzulassen, um den Angebotsrückgang wegen der amerikanischen Sanktionen gegen Iran in Grenzen zu halten. Saudiarabien wird sich jetzt umso mehr als Musterschüler gegenüber den USA verhalten, um höchstens symbolisch, aber nicht hart bestraft zu werden.

Die barbarische Tat dürfte für Saudiarabien einen weiteren, gravierenden Effekt haben: Der Wirtschaft des Landes wird es nicht gelingen, die Abhängigkeit vom Erdöl abzuschütteln, im Gegenteil. Ausländische Investoren können noch weniger als zuvor die illiberale Realität im Königreich ausblenden und werden es sich künftig zweimal überlegen, das Wirtschaftsprogramm «Vision 2030» des Kronprinzen zu unterstützen. Hochtrabende Wirtschaftspläne für den Wüstenstaat enden damit wieder an einem Bohrloch.

Drohendes Scheitern des Rahmenabkommens

Er ist schuld! Nein, er!



HEIDI GMÜR

Die Liste der Hürden, an denen die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU letztlich scheitern könnten, wird immer länger. Vorgestern waren es die «fremden Richter», gestern die flankierenden Massnahmen, und morgen sind es dann vermutlich wieder die staatlichen Beihilfen. Und heute? Heute ist es zur Abwechslung die Freizügigkeitsrichtlinie der EU, besser bekannt als Unionsbürgerrichtlinie. Sie regelt seit 2004 den freien Personenverkehr von Unionsbürgern in der EU und geht in gewissen Punkten wie der Sozialhilfe und dem Bleiberecht weiter als die bilaterale Freizügigkeitsregelung mit der Schweiz. Übers Wochenende nun wurde sie in verschiedenen Medien zum wahren Stolperstein für eine Einigung zwischen Bern und Brüssel erklärt.

Es passt zur ohnehin konfusen Debatte, dass längst bekannte Differenzen zwischen der Schweiz und der EU von verschiedenen Akteuren plötzlich als neue Hürden dargestellt werden auf dem

Weg zu einem Rahmenabkommen. Dabei ist weder die Differenz bei den Flankierenden neu noch bei der Unionsbürgerrichtlinie. Im Gegenteil: In beiden Fällen fordert die EU von der Schweiz seit vielen Jahren, dass sie sich als Drittstaat mit privilegiertem Zugang zum EU-Binnenmarkt in diesen Fragen dem entsprechenden Brüsseler Recht anpasst. Man kann das befürworten oder ablehnen, aber man soll sich nichts vormachen: Ohne Konzessionen seitens der Schweiz in den verbleibenden Streitpunkten, rote Linien hin oder her, wird es kaum je einen Rahmenvertrag mit Brüssel geben. Nicht heute, nicht morgen.

Die ehrliche Antwort auf die Frage, woran der Rahmenvertrag letztlich scheitern dürfte, ist darum viel profaner: am fehlenden politischen Willen zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Materie. Die derzeit beliebteste Position vieler Politiker von SP über CVP bis zur FDP ist jedenfalls diese: Selbstverständlich müssen wir mit der EU die institutionellen Fragen lösen, wenn wir den bisherigen, erfolgreichen bilateralen Weg mit unserem wichtigsten Handelspartner festigen und weiterentwickeln wollen. Aber bitte nicht so und bitte nicht heute – unabhängig davon, wie das Verhandlungsergebnis dereinst aussehen könnte und wie es als Gesamtpaket zu bewerten

wäre. Und die Steilvorlage zu diesem neuen politischen Konsens der Stunde lieferten: die Gewerkschaften. Indem sie, die SP im Schlepptau, jegliche Konzession bei den flankierenden Massnahmen integral ablehnen.

Stand heute ist daher damit zu rechnen, dass die Forderung der EU zur Klärung der institutionellen Fragen trotz jahrelangen Verhandlungen unerfüllt bleiben wird. Sei es, weil bereits der Bundesrat den Kopf in den Sand steckt, sei es, weil eine allfällige Einigung zwischen Bern und Brüssel im Parlament von einer unheiligen Allianz zwischen SP und SVP abgelehnt würde. Nur: Ebenso wie der Abschluss eines Abkommens wird auch der Nichtabschluss einen Preis haben. Dessen Höhe kennt man heute noch nicht. Aber wenn er fällig wird, weil die EU der Schweiz die Börsenankennung verweigert, weil plötzlich ein Stromabkommen fehlt, die Forschungszusammenarbeit leidet oder das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse nicht mehr aktualisiert werden kann, dann wird jemand die politische Verantwortung übernehmen müssen. – Und da kommt es just den Gewerkschaften und der SP natürlich zupass, wenn sich auf andere Knackpunkte zwischen Bern und Brüssel als jene der flankierenden Massnahmen verweisen lässt.



SEITENBLICK

Transparente Trennwände

Von KONRAD PAUL LIESSMANN

Seit einiger Zeit kann man in Hotels, aber auch in Privatwohnungen, die nach den Vorgaben modernen Designs ausgestattet sind, eine teils interessante, teils unangenehme Beobachtung machen: Badezimmer und Toiletten sind oft nur mehr durch eine Glaswand von den anderen Räumen getrennt, bieten also einen vollständigen Einblick, wenn nicht die Badewanne ohnehin mitten im Wohnzimmer steht. Die Botschaft dieses zweifelhaften Gestaltungseinfalls ist klar: Sei nicht verklemt, du hast nichts zu verbergen, wer auf Privatsphäre beharrt, ist konservativ. Dass man auch nahestehenden Menschen, Partnern, Freunden, Kindern oder Eltern, mit denen man lebt oder verweist, nicht alle intimen Details der Körperpflege preisgeben will, scheint einer Zeit unverständlich, die universelle Transparenz für eine grosse Errungenschaft hält.

Diese Architektur der Durchsichtigkeit erinnert nicht von ungefähr an den entscheidenden Imperativ unserer Tage: Zeige alles von dir. Schäm dich nicht. So lächerlich oder peinlich können deine Daten gar nicht sein, dass sie nicht verwertet werden könnten. Im Privaten wird die Aufhebung des Privaten schon einmal erprobt, das morgendliche Waschritual im Bild festzuhalten und um die Welt zu schicken, ist dann der nächste Schritt. In all seinen Verrichtungen von unzähligen Kameras beobachtet zu werden, wird auch von niemandem mehr als Zumutung empfunden. Das Gefühl für Scham und Peinlichkeit muss ja verschwinden, wenn die Gesellschaft der hemmungslosen Datenflüsse und gläsernen Menschen funktionieren soll.

Der beliebte, aber nicht sonderlich kluge Satz, dass sich niemand vor Beobachtung fürchten muss, solange er nichts zu verbergen hat, vergisst, dass es auch jenseits des kriminellen Aktes genug Dinge gibt, die besser im Verborgenen bleiben sollten. Den anderen gegenüber undurchsichtig zu sein, kann auch als Ausdruck einer Würde gelten, die darauf beharrt, als Mensch nicht ausschliesslich Objekt zu sein. Wer programmatisch die Privatsphäre des Menschen nicht mehr respektieren will, versagt dem Menschen überhaupt den Respekt und damit auch die Achtung.

Die indiskrete Zurschaustellung des Intimen korrespondiert aber auch mit einem anderen Phänomen unserer Tage: einer Empfindlichkeit, die sich den Blicken der anderen eben nicht verweigert, sondern diesen mitunter offensiv aufdrängt. Seine Verletzlichkeiten, Traumata, intimen Erfahrungen der Öffentlichkeit zu offerieren, gilt uneingeschränkt als Tugend. Dass es eine Form der Selbstachtung geben könnte, die sich diesem Druck zur Präsentation seines Inneren verweigern müsste, gehört nicht mehr in das Programm des selbstkompetenten Menschen. Dieser stülpt sein Inneres nach aussen – und manchmal tut man besser daran, dann nicht hinzublicken.

Transparente Trennwände können die Intimsphäre nämlich nicht so einfach zum Verschwinden bringen. Diese wird gerade noch respektiert, indem der Blick sich der Einladung, die eine Glaswand bietet, verweigert. Man blickt nicht hin und hofft, dass auch der andere nicht hinblickt. Damit verdeutlichen diese innenarchitektonischen Moden ein weiteres Merkmal unserer Zeit: Wir können nicht mehr alles sehen, was vor uns liegt oder sich uns aufdringlich zeigt. Niemand beherrscht die Einheit von Hinschauen und Wegschauen so gut wie unsere Kultur, und je nach moralischer oder ideologischer Ausrichtung wird einmal das eine, dann das andere der Realität ausgeblendet. Es mag paradox sein, aber in dieser Haltung, die nicht alles sehen will, was sich zeigt, steckt vielleicht der letzte Rest jener Diskretion, die einmal als Signum der Zivilisation gegolten hat.

Konrad Paul Liessmann ist Professor für Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik an der Universität Wien.